

# Neutrale Schweiz – auch im Cyberspace?

Der Luzerner Ständerat Damian Müller fordert, dass sich der Bundesrat um eine Anpassung des Neutralitätsrechts bemüht.

## Reto Bieri

Gestohlene Daten, Lösegeld-erpressung oder Manipulation von Wahlen: Dass man sich im digitalen Raum vor Gefahren schützen muss, rückt zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Auch Luzerner Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier haben das Thema Cybersicherheit auf dem Radar. So behandelt der Ständerat am Donnerstag eine Interpellation von Damian Müller. Der FDP-Ständerat aus Hitzkirch will vom Bundesrat wissen, ob die Schweiz neutralitätspolitisch gut auf einen Cyberkrieg eingestellt ist.

Ja, findet der Bundesrat und schreibt: «Die Anwendbarkeit des Neutralitätsrechts im digitalen Raum ist anerkannt.» Müller zeigt sich mit der Antwort einerseits zufrieden, insbesondere weil der Bundesrat «in der Digitalausenpolitik, namentlich im Bereich der «Guten Dienste», eine wichtige Rol-

le spielen will». Nicht glücklich ist Müller, dass sich für die Landesregierung mit Blick auf mögliche künftige Cyberkonflikte zurzeit keine Neuinterpretation von Neutralitätsrecht und -politik aufdrängt. «Damit vergeben wir die Chance auf eine ganzheitliche Strategie.» Die Schweiz müsse ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, damit der Cyberspace ein friedlicher Ort ist.

## Zahl der Cyberangriffe nimmt um 30 Prozent zu

Müller hat als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vertieften Einblick in mögliche Bedrohungslagen für die Schweiz. Zurzeit sei im Cyberspace eine massive Aufrüstung im Gang. «Manche Staaten bauen eigentliche Cyberteilstreitkräfte auf. Es besteht wenig Transparenz, ebenso fehlen wirksame internationale Regelungen.» Eine besondere Herausforderung sei,

dass auch kriminelle Gruppen im Cyberspace aktiv seien und grossen Schaden anrichten könnten. Die Schweiz sei insgesamt stark auf Cyber- und Digitaltechnologien angewiesen, etwa im Finanzsektor und im Energie- oder Verkehrsbereich.

SVP-Nationalrat Franz Grüter aus Eich ist als Verwaltungsratspräsident des IT-Dataunternehmens Green täglich mit dem Thema Cybersicherheit konfrontiert. Die Entwicklung sei besorgniserregend. «Allein seit Anfang Jahr ist die Zahl der Cyberangriffe um über 30 Prozent angestiegen.» Vor allem Ransomware-Angriffe hätten massiv zugenommen. Dabei werden die Daten von Unternehmen verschlüsselt, der Betrieb lahmgelegt und die Cyberkriminellen fordern Lösegelder, um die Daten wieder zu entsperren. Es gehe oft um grosse Summen. «Und leider zahlen immer mehr Versicherungsgesellschaften diese Lösegelder», so Grüter.

In den letzten Jahren sei mit dem Aufbau des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) viel investiert und die Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit stark ausgebaut worden. Auch hat vor zwei Jahren mit Florian Schütz der erste Delegierte für Cybersicherheit seine Arbeit aufgenommen. Nach Ansicht von Grüter herrscht trotzdem Handlungsbedarf – und er nennt drei Vorschläge. «Erstens braucht es künftig eine Art Cyberwetterbericht, der regelmässig veröffentlicht werden muss.» Dabei gehe es um Information zuhänden der Bevölkerung und der Wirtschaft über aktuelle Gefährdungen im Cyberspace.

Zweitens müssten «vitale Infrastrukturen in unserem Land besser erfasst werden, zudem braucht es Regeln für solche Anbieter». Dazu zählt Grüter unter anderem Stromversorger, Spitäler, Rechencenter oder das Gesundheitswesen. Drittens

bestehe eine zunehmende Gefährdung für die öffentliche Verwaltung. «Gemeinden und Kantone haben oft Schwierigkeiten, Ressourcen für die Cybersicherheit zu schaffen, stehen jedoch zunehmend im Fokus von Kriminellen.» Eine mögliche Lösung wäre laut Grüter, dass der Bund eine Plattform mit Leistungen schafft, welche die Kantone und Gemeinden abrufen können.

## Enorme Fortschritte in den letzten zehn Jahren

Die Cybersicherheit hat auch für die Luzerner Mitte-Nationalrätin Ida Glanzmann aus Altdorf hohe Priorität. Die Präsidentin der nationalrätlichen Sicherheitskommission forderte bereits 2016 in einer Motion die Schaffung einer Kompetenzstelle für Cyberdefence. Zwar lehnte das Parlament dies ab. 2017 wurde aber eine ähnlich lautende Motion des ehemaligen Zuger FDP-

Ständerats Joachim Eder angenommen. Bewirkt habe den Meinungsumschwung wohl Druck aus der Wirtschaft, mutmassst Glanzmann. Die Schweiz habe in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gemacht. Glanzmann: «Vor zehn Jahren wurde die Cybersicherheit in sicherheitspolitischen Berichten nur am Rande erwähnt, bei der Armee war es gar kein Thema. Heute haben wir eine Cyberrekrutenschule.»

Es sei vieles passiert, sagt auch Damian Müller. Im Sicherheitspolitischen Bericht 2021 des Bundesrates hätten Cybergefahren ein grosses Gewicht und im Frühjahr habe das VBS seine Cyberstrategie bis 2024 festgelegt. Ende letzten Jahres verabschiedete der Bundesrat eine Strategie Digitalausenpolitik bis 2024, so Müller. Zudem würden Bund, Kantone, Gemeinden sowie die Privatwirtschaft umfangreich in die Cybersicherheit investieren.